

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben das Denken über Bildung und Bildungsstandards neu belebt. Auch der VkdL hat sich in verschiedenen Gremien intensiv mit PISA und PISA-E befasst. Die folgenden Analysen und Betrachtungen zur derzeitigen schulpolitischen Lage in Deutschland sind das Ergebnis aus den fachlichen Überlegungen des schulpolitischen Arbeitskreises des VkdL, aus den Bewertungen der Konferenz der Landesvorsitzenden sowie aus den aktuellen schulpolitischen Stellungnahmen des VkdL.

Pädagogische Forderungen zur PISA-Studie und zur Untersuchung in den Bundesländern

A. Allgemeine Anmerkungen

Die PISA-Studie wurde von der **OECD** in Auftrag gegeben, einer Organisation, die sich vorwiegend mit Wirtschaftsfragen befasst. Damit hat der „Abnehmer“ der jungen Menschen, die die Schulen verlassen, auch die **Kriterien für die Untersuchung und ihre Schwerpunkte vorgegeben**. Das erklärt z.B., dass eine Reihe von Bereichen, die in den Schulen eine große Rolle spielen, und die in Erziehung und Bildung unverzichtbar sind, nicht untersucht und nicht berücksichtigt sind. Die untersuchten Bereiche müssen deshalb entsprechend gewichtet und in das Gesamt des schulischen Bildungsauftrages eingefügt werden. Ohne Zweifel sind die untersuchten Bereiche **Sprachkompetenz, mathematische Kompetenz und naturwissenschaftliche Kompetenz** von grundlegender Bedeutung, sie sind aber nicht alles, was Schule zu vermitteln hat. Deshalb ist zu fordern, sich mit der Untersuchung isolierter schulischer Leistungen allein nicht zufrieden zu geben, sondern die Untersuchungen auszuweiten und den Zusammenhang mit anderen bildungsrelevanten Sachverhalten zu suchen. Dies müsste erfolgen, bevor tiefgreifende Reformen in Gang gesetzt werden.

PISA untersucht die **Kompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern**, die am Ende ihrer Pflicht-Schullaufbahn stehen - mit Ausnahme der Gruppen der Gymnasiasien - stellt Defizite fest, sagt aber nichts aus über deren Ursachen. Dies ist durchaus sinnvoll, weil die Voraussetzungen und das schulische Umfeld in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind und vielfach eine direkte Vergleichbarkeit verbieten. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Kultusministerkonferenz die **PISA-Studie E** in Auftrag gegeben hat, die eine **unmittelbare Nähe zum bundesdeutschen Schulwesen** aufweist und die Möglichkeit eröffnet, Fehlentwicklungen in den Bundesländern ebenso wie positive Ergebnisse zu orten und nach deren Ursache zu suchen. Die PISA-Studie-E bietet eine konkrete-

re Ausgangsbasis für eine Analyse des Schulwesens in den verschiedenen Bundesländern.

Überprüfung und Vergleich setzen den Willen voraus - ohne neidische Blicke auf bessere Ergebnisse in anderen Bundesländern - den Ursachen nachzugehen, die zu den Fehlentwicklungen geführt haben und Korrekturen einzuleiten. **Es führt aber nicht weiter, hektisch an Einzelsymptomen herumzuwirken** und die Übersicht über die gesamten Änderungs-Notwendigkeiten zu verlieren. Vor allem sollten sich Änderungen an der Realität des Schulalltags orientieren und nicht an ideologischen Planspielen.

Hinsichtlich der **Schulstruktur** legt PISA **keine eindeutigen Präferenzen** vor, es zeigen sich jedoch Trends in der *Relation zwischen Leistung und Schulstruktur*. Dazu gehören vor allem: Die Gesamtschule erfüllt nirgendwo die in sie gesetzten Erwartungen, vielmehr trägt sie die Tendenz zur Leistungsniuellierung auf unterem Niveau in sich. Differenzierte, strukturierte Schulsysteme erreichen durchweg höheres Niveau und bessere Leistungen. Deshalb ist der Ruf nach mehr Gesamtschulen und integrierten Schulsystemen weder angebracht noch der bessere Weg.

In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die **Schulgröße**. Es zeigt sich, **dass Großsysteme pädagogisch schädlich sind**, weil sie die Anonymität in der Schule fördern und die menschliche Zuwendung zum Schüler verhindern. Spitzenländer in der Bewertung bevorzugen kleinere und überschaubare Systeme. Dies trifft vor allem für Grundschulen zu, in denen die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern besonders wichtig ist. Die Konsequenz aus diesen Ergebnissen kann nur heißen, auch kleinere Grundschulen, aber auch Schulen des Sekundarbereichs I weiterzuführen und ihnen die pädagogische Weiterarbeit zu ermöglichen. Es ist eine falsche und unpädagogische Sicht, Schule als Wirtschaftsbetrieb einzustufen, dessen Effizienz an Größe gekoppelt wird.

Dem entsprechend ist es völlig abwegig, den Schulleiter schwerpunktmäßig als „Schulmanager“ zu sehen. Auch **der Schulleiter ist in erster Linie Pädagoge und Lehrer**, der selbst unterrichten sollte, um den Kontakt zur Unterrichtspraxis und zu den Schülern und Kollegen nicht zu verlieren. Der Schulleiter sollte vielmehr von der Verwaltungsarbeit in der Schule befreit und durch entsprechende Fachkräfte entlastet werden, damit er frei ist für die pädagogische und fachliche Beratung und das Gespräch mit den Lehrkräften. In diesem Zusammenhang ist auch die Verwaltungspraxis der oberen und obersten Schulaufsicht zu durchleuchten und zu überprüfen, damit den Schulen nicht unnötige Verwaltungsvorgänge auferlegt werden.

Eine Besinnung auf notwendige Veränderungen und Maßnahmen **darf nicht primär von finanziellen Überlegungen bestimmt sein**. Eine ganze Reihe von Verbesserungen sind ohne größeren finanziellen Aufwand möglich, wie noch nachzuweisen sein wird. Andererseits darf da, wo finanzieller Mehraufwand im Interesse der Förderung der Schülerinnen und Schüler unbedingt erforderlich ist, nicht gespart werden. Was in der Schulzeit der jun-

gen Menschen an finanziellen Ressourcen verweigert wird, muss später durch Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw. um ein Mehrfaches wieder ausgegeben werden, nicht zu sprechen von den Nachteilen, die schlecht ausgebildete junge Menschen lebenslang erwarten.

Die Ergebnisse der Studie PISA-E dürfen nicht dazu führen, die föderalistische Struktur des Bildungswesens in der Bundesrepublik in Frage zu stellen. Eine zentralistische Organisation des Bildungswesens hätte möglicherweise dazu geführt, das gesamte Schulwesen in Deutschland auf einen niedrigeren Level zu zwingen. Durch PISA-E ist vielmehr der Nachweis erbracht, **dass der Bildungsföderalismus zu Wettbewerb und Leistungssteigerung führt**, und dass diejenigen Bundesländer, die an der Spitze liegen, die Entwicklung und Übertragung von positiven Verfahren und Methoden auch für die „schwachen“ Bundesländer ermöglichen. Es ist deshalb **falsch, die guten Ergebnisse etwa von Bayern und Baden-Württemberg, klein zu reden** und zu diskriminieren, vielmehr sollten sich die Länder auf dem Boden der KMK überlegen, was an Positivem von allen übernommen werden kann.

Leistungsstandards dürfen in keinem Fall geschmälert werden, wenn sie bundesweit Geltung bekommen sollen. Es empfiehlt sich jedoch, sich zunächst auf die drei Grundkompetenzen *Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften* zu beschränken, wenn verbindliche Standards eingeführt werden sollen. Zunächst sollte jedes Bundesland für sich diese Standards auf Grund der besten Ergebnisse festlegen und evaluieren. Danach sind die Standards auf KMK-Ebene zu vergleichen und auf dem obersten Level anzugleichen. Die Wege, wie sie erreicht werden können, müssen den Ländern überlassen bleiben. **Der Bildungsföderalismus gewährleistet ein flexibles Schul- und Bildungswesen**, das die regionalen Eigenarten berücksichtigt und trotzdem optimale Förderung sichert. Diesem Grundsatz widerspricht nicht die Einführung zentraler Überprüfungstests oder des Zentralabiturs auf Länderebene.

B. Erziehung im Elternhaus

Die erste und wichtigste **Bildung erfährt das Kind im Elternhaus**. Sie ist **Grundlage für alles spätere Lernen und Verhalten**. Die Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung in ruhiger und geborgener Atmosphäre des Elternhauses wird noch zu gering eingeschätzt, obschon man die Auswirkungen einer fehlgeleiteten frühesten Kindheit in Defiziten späterer Fehlhaltungen erkennen kann. Einer optimalen Familienpolitik müsste daran gelegen sein, das Kind wenigstens in den ersten drei Jahren seines Lebens in der Sicherheit und Geborgenheit des Elternhauses aufwachsen zu lassen. Stattdessen werden wieder Kinderkrippen und Horte als Verwahreinrichtungen für Kleinstkinder propagiert, die die Beziehung zu den Eltern nicht ersetzen können. Väter und Mütter, die ihre Kinder selbst erziehen wollen, sind vom Staat vergleichbar zu unterstützen wie Kosten entstehen durch die Unterbringung in

Kinderkrippen und Horten. Es ist ein Widersinn, Krippen- und Hortplätze mit großem finanziellen Aufwand einzurichten und fortzuführen, Eltern aber mit einem Almosen abzuspeisen, wenn sie ihre kleinen Kinder selbst erziehen. Die Auswirkungen einer von der Familie geprägten Erziehung im Kleinkindalter sind lebenslang feststellbar.

Erziehungskompetenz ist auch für Eltern keine „angeborene“ Fähigkeit. Sie kann und ***muss immer neu entdeckt und erlernt werden***. Herkömmliche Erziehungsmuster sind bei vielen jungen Eltern entweder nicht vorhanden, weil sie sie selbst nicht erfahren haben, oder sie wurden durch öffentliche Kritik an der familialen Erziehung in Frage gestellt. Die Unsicherheit hinsichtlich des Erziehungsverhaltens und der Erziehungsstile hat bei jungen Eltern zugenommen. Sie müssen immer neu überdacht und vermittelt werden. ***Elternseminare, Elternkurse, Elterngespräche sollten verstärkt - auch in Zusammenarbeit mit Kindergarten und Schule - angeboten werden***. Diese Schulungsmaßnahmen sollten sich nicht beschränken auf Eltern mit Kleinkindern; auch ältere Kinder machen oft Sorgen und Probleme, mit denen Eltern allein nicht fertig werden. Erziehungsberatung in der Schule, zusammen mit Lehrern und Eltern könnte viele Konflikte schon in einem Vorstadium behandeln, was sich auch auf die schulischen Leistungen der Kinder auswirkte.

Die sprachlichen Defizite, die sowohl PISA als auch PISA-E feststellen, haben zu einem großen Teil in einer mangelnden sprachlichen Zuwendung der Eltern ihren ersten Grund. Das setzt sich später fort, wenn Kinder beschäftigt sein wollen und statt der Mutter/ des Vaters der Fernseher und später der Computer die Rolle übernimmt. ***Sprachkommunikation setzt aber menschliches Miteinander und Zuwendung voraus***, die am besten in der frühesten Kindheit und in der Familie grundgelegt werden.

Die Einstellung der Eltern zu Bildung und Leistung prägt bewusst und unbewusst das Leben des Kindes und des Heranwachsenden mit. Das trifft insbesondere auch für die Akzeptanz der Schule und für die Schullaufbahn zu.

Den Eltern müsste verstärkt bewusst gemacht werden, ***wie sehr sie den Bildungsweg ihres Kindes prägen können***, wenn sie sich Zeit nehmen für ihr Kind, und dies nicht nur im Kleinst- und Kleinkindalter, sondern auch in der ganzen Schulzeit. Hier könnte durch Elternschulung viel Bewusstsein geweckt und erzieherische Fähigkeiten herangebildet werden. In die Elternbildungsarbeit sind auch die freien Träger mit einzubeziehen, die auf einer bestimmten Wertgrundlage arbeiten.

Elternarbeit, Elterngespräche müssten verstärkt als permanente Aufgabe von Kindergärten und Schulen gesehen werden. Erziehung im Elternhaus muss zwangsläufig anders sein und andere Schwerpunkte haben als Erziehung in Kindergarten und Schule, aber beide Erziehungsstile müssen bekannt sein und sich unter Beibehaltung ihrer Eigenart ergänzen.

Diese Forderung könnte die Diskrepanz zwischen schulischem Lernerfolg und sozialer Herkunft zumindest zu einem Teil überwinden, da Eltern aus schwachem sozialen Milieu

meist eine geringere Tendenz zu Kontakten mit der Schule haben. Elternarbeit muss fester Bestandteil des Schulprogramms sein und darf nicht mit der Volljährigkeit der Schüler abrupt enden.

C. Sprachleistungen

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist für alle Schüler wichtig, ist doch **die Sprache das Grundmedium für die Vermittlung sowohl der mathematischen als auch der naturwissenschaftlichen Kompetenzen.**

Die Sprachentwicklung eines Kindes wird normalerweise zuerst im Elternhaus gefördert. Es ist aber auch eine wichtige Aufgabe des Kindergartens, die Sprachkompetenz eines Kindes weiterzuentwickeln und zu unterstützen.

PISA - wie auch PISA-E - stellten fest, dass eine große Zahl von Kindern eingeschult wird, ohne über eine altersgerechte Sprach- und Sprechfähigkeit und das erforderliche Sprachwissen zu verfügen. Als Grundsatz sollte gelten: kein Kind, das nicht über einen altersgerechten Sprachschatz und ein entsprechendes Sprach- und Sprechvermögen verfügt, darf in die Grundschule eingeschult werden. Die Grundschule kann nicht die Aufgabe haben, vor ihrer Zeit liegende Versäumnisse aufzuholen. **Eine Überprüfung der Sprach- und Sprechfähigkeit des Kindes muss im Vorfeld von Schule erfolgen**, sei es im Kindergarten, sei es durch den Schulärztlichen Dienst oder durch andere Fachstellen.

Bereits im Vorfeld von Schule ist Förderung in verschiedenster Hinsicht anzubieten und zu leisten. **Sprachtherapeuten sollten verstärkt Zugang zu den Kindergärten haben**, um die Erzieherinnen und die Eltern zu beraten.

- a) Für **deutsche Kinder mit Sprachdefiziten** sind im Rahmen des Kindergartens Fördergruppen einzurichten, die das Sprachniveau dieser Kinder anheben, so dass sie bis zur Einschulung ein angemessenes Leistungsniveau erreichen. Eltern müssen darauf hingewiesen werden, dass fehlendes Sprach- und Sprechvermögen, die Einschulung ihres Kindes gefährdet. Ambulante Sprachförderung, insbesondere in Bereichen, in denen ein Kindergarten fehlt, ist auszubauen, um auch diesen Kindern gleiche Einstiegschancen in die Grundschule zu schaffen.
- b) **Kinder aus Migrantenfamilien müssen gezielt gefördert werden**, um die deutsche Sprache bei ihnen so weit zu entwickeln, dass sie bis zur Einschulung einem normalen Sprachverkehr zu folgen vermögen. Insbesondere die Eltern, und zwar Mütter und Väter, sind darauf hinzuweisen, dass ohne Verständigung in deutscher Sprache eine Aufnahme in die Schule nicht möglich ist, und dass sie mit einer Verweigerungshaltung den Bildungsweg ihres Kindes gefährden. Ausländer, die nach Deutschland einreisen, sollten verpflichtet werden, ihre Kinder die deutsche Sprache lernen zu lassen und sie selbst auch zu sprechen. Bei Weigerung sind Sanktionen

vorzusehen. In die Sprachförderung bei Kindern aus Migrantenkreisen sind die Eltern mit einzubeziehen, wobei je nach kulturellem Hintergrund besonderer Wert darauf gelegt werden sollte, auch die Mütter zu erreichen, was über die Kinder leichter geschehen kann.

Eine Zusammenlegung der Sprachförderung für deutsche Kinder und Migrantenkinder ist abzulehnen. Beide Gruppen bringen unterschiedliche Voraussetzungen mit, die eine je eigenständige, differenziertes methodisches Vorgehen erfordern, wenn die Fördermaßnahmen Erfolg haben sollen.

Das Modell der voraussetzungslosen Integration von Migrantenkindern in die Regelklassen ist gescheitert, was sich auch in den Ergebnissen von PISA ausdrückt. Wenn in einer Klasse Schülerinnen und Schüler ohne genügende Deutschkenntnisse sitzen, muss sich der Lehrer mit ihnen verstärkt beschäftigen und vernachlässigt zwangsläufig die anderen Schüler. Damit wird das Leistungsniveau insgesamt gesenkt.

Gezielte Förderung fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler in deutscher Sprache - wenn erforderlich in eigenen Gruppen bzw. Klassen - und erst bei Beherrschung der deutschen Sprache Integration in die Regelklassen, ist sowohl für die Migranten als auch für die deutschen Kinder sinnvoller und humaner als der unsystematische Sprach- und Sprechzwang in Integrationsklassen.

In diesem Bereich ist eine größere Flexibilität angezeigt, um die Defizite möglichst bald auszugleichen. Ausgaben im vorschulischen und schulischen Förderungsbereich gleichen sich aus durch geringere Kosten im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe, die zwangsläufig entstehen, wenn Kinder und Jugendliche den Zugang in unsere Gesellschaft aufgrund ihrer Sprachschwierigkeiten nicht finden.

D. Vorschulbereich, Kindergarten

Der **Besuch eines Kindergartens** für Kinder ab drei Jahren ist **grundsätzlich wünschenswert**, bereitet er sie doch auf das Zusammenleben in einer größeren Gruppe Gleichaltriger vor, eine Situation, wie sie in der Familie nicht vorhanden ist. Trotzdem muss der Besuch eines Kindergartens in die **freie Entscheidung der Eltern** gegeben sein und darf nicht zur Pflicht erhoben werden, wie z. B. die Schulpflicht.

Der Kindergarten muss ein eigenes Profil entwickeln, indem er zwar auf den Übergang in die Grundschule vorbereitet, aber keine schulischen Inhalte vorwegnimmt.

Viele Kinder wachsen ohne Geschwister auf, sie haben überwiegend mit Erwachsenen Umgang und werden von ihnen oft „überbetreut“ und verwöhnt. So erlernen sie alltägliche Handlungen, wie selbstständiges Anziehen, Schnüren von Schuhbändern, Hände waschen usw. nicht. Es gehört mit zu den **Aufgaben des Kindergartens, diesen Kindern das all-**

tägliche Handeln beizubringen und spielerisch zu üben, dass sie beim Eintritt in die Schule die notwendige Selbstständigkeit haben.

Auf Grund beengter Wohnverhältnisse sind viele Kinder **in ihren motorischen Abläufen gestört**, entweder sind sie überaktiv, können nicht ruhig sitzen, was für die Arbeit in der Grundschule wichtig wäre, können sich nicht konzentrieren, nicht zuhören, oder sie sind passiv, entwickeln keine Kreativität, wollen unterhalten werden und kennen auch vielfach keinen Umgang mit Spielmaterialien. Hier tut sich ein weites Feld auf für den Kindergarten, ohne dass er auf schulische Methoden und Inhalte zurückgreifen müsste.

Der **Kindergarten** kann mit seinen eigenen Mitteln und Methoden sowohl die Sprachkompetenz als auch die mathematische Kompetenz und den naturwissenschaftlichen Bereich **aufbereiten und den Kindern altersgemäß nahe bringen**, ohne dass er schulisches Arbeiten vorwegnehmen muss. Er darf nicht zu einer Vorschule werden, die Grundtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens vermittelt.

Eine wichtige Arbeit, die auch dem Kindergarten zukommt, ist die Kommunikation mit den Eltern. Viele Eltern werden ihr Kind mit einer falschen Erwartungshaltung in den Kindergarten bringen und fordern, dass „Schulvorbereitung“ im engeren Sinne betrieben wird. Es wirkt sich für das Verständnis der Eltern für ihr Kind positiv aus, wenn hier von fachkompetenter Seite des Kindergartens erklärend eingegriffen und dargelegt wird, was ein Kind in diesem Alter wirklich braucht. Hier kann der Kindergarten Erziehungshilfe und vielfach auch Familienhilfe leisten.

Die Zeit im Kindergarten sollte verstärkt dazu genutzt werden, eventuelle **Behinderungen bei einem Kind zu erkennen und frühzeitig einer Therapie zuzuführen**. Diese Thematik ist in die Ausbildung der Erzieherinnen aufzunehmen, um eine erste Diagnosefähigkeit zu erreichen. Wenn bei einem Kind eine Störung in der altersgerechten Entwicklung festgestellt wird, sind für die eigentliche Behandlung Fachleute zuzuziehen, wie Ärzte, Therapeuten, Sprachtherapeuten usw. Im Kindergartenalter lassen sich viele Fehlentwicklungen noch therapieren und belasten den Lernfortschritt weit weniger, als wenn dies später in der Schulzeit erfolgen muss. Analog zum schulärztlichen Dienst sollte eine Stelle eingerichtet werden, die sich mit der Untersuchung und Diagnostizierung bei Kindergartenkindern befasst.

Wenigstens ein Jahr vor dem Übergang in die Grundschule sollte der **Kindergarten mit den Grundschulen Kontakt aufnehmen**, die die Kinder später besuchen werden.

In diese Kontakte sind auch die Eltern mit einzubeziehen, damit sie auch von den Grundschulen erfahren, welche Voraussetzungen ihr Kind mitbringen muss, um erfolgreich in die Schullaufbahn einzutreten. Ein positives Klima, ohne falsche Erwartungshaltungen, ist für die Kinder wichtig, damit sie mit Freude auf die Grundschule zugehen.

E. Übergang zur Grundschule

Der Zeitpunkt des Übergangs in die Grundschule sollte so bleiben wie bisher, **allerdings weiterhin mit einer gewissen Flexibilität hinsichtlich des Geburtsdatums**. Eine generelle Vorverlegung des Einschulungsalters auf fünf Jahre lehnen wir ab, weil viele Kinder dann noch nicht die erforderliche psychische Reife und Stabilität aufweisen. Intellektuelle und kognitive Fähigkeiten allein genügen nicht. Die Schullaufbahnen sehr früh eingeschulter Kinder weisen sehr oft einen Bruch auf. Es muss eine Klasse wiederholt werden, weil die Gesamtreife zurückbleibt.

Der VkdL lehnt auch die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre ab, sie hat sich nicht bewährt, sie verzögert lediglich eine zielgerichtete Schullaufbahn.

Wir bedauern, dass in vielen Bundesländern der Schulkindergarten, der sich als eine positive Einrichtung erwiesen hat, aus Kostengründen abgeschafft wird. Wir halten dies für einen verhängnisvollen Fehler.

Der **Schulkindergarten** arbeitet eng verzahnt mit der Grundschule zusammen und ist dieser angeschlossen. Er nimmt nur solche Kinder auf, die schulpflichtig, aber noch nicht schulfähig sind. Durch kleine Gruppen, Einsatz von Fachpersonal und enger Verbindung zur Schule können hier Kinder altersentsprechend gefördert werden, die sonst vielfach keiner anderen Einrichtung zugeführt würden. Dies können Kinder aus sozial schwachem Milieu sein oder Migrantenkinder, die zwar auch Deutsch sprechen können, aber sozial noch nicht eingegliedert sind. Eine flexible Eingliederung in die Regelklassen bei Erreichung des Leistungsniveaus ist vom Schulkindergarten aus leichter möglich als bei einer Rückstellung in den Kindergarten.

Der VkdL appelliert an die Kultusminister, die Schulkindergärten nicht aufzulösen, sondern auszubauen, sie sind eine Entlastung für die Grundschule und ihre Arbeit und eine Fördereinrichtung für schulpflichtige, aber nicht schulfähige Kinder.

F. Grundschule

In der Grundschule müssen die Grundlagen für alle weiteren Bildungsgänge gelegt werden, deshalb kommt ihrer Ausgestaltung größte Bedeutung zu. In diesem Bereich ist ein grundlegendes Umdenken in der Gestaltung von Schule gefordert.

Die Kinder kommen aus dem Kindergarten in die Grundschule, aus einer relativ kleinen Einheit in einen „Großbetrieb“. Es ist ein grundsätzlicher pädagogischer Fehler, die Größe der Grundschule auf Zweizügigkeit zu fordern und anzusetzen. **Eine einzügige Grund-**

schule ist nicht weniger leistungsfähig als eine zweizügige - im Gegenteil, sie ist überschaubarer und gewährleistet den menschlichen Kontakt zwischen Schülern und Lehrern. Diese Beziehung ist für den Lernerfolg der meisten Kinder von großer Bedeutung.

Die Klassenfrequenz an den Grundschulen ist zu hoch. Klassen mit mehr als 15 bis 20 Schülern erlauben keine individuelle Lernförderung. Der Lehrer kann sich nicht mehr um den einzelnen Schüler kümmern und ihm helfen, seine Defizite abzubauen, sofern er überhaupt dazu kommt, sie zu erkennen. PISA zeigt auf, dass die erfolgreich abschneidenden Länder - wie z.B. Finnland - eine entsprechend niedrige Klassenfrequenz haben, die es dem Lehrer ermöglicht, sich mit dem einzelnen Schüler zu befassen.

Lehrerwechsel schadet dem Lernerfolg in der Grundschule. Dies bezieht sich sowohl auf den so genannten Fachlehrerwechsel als auch auf den ständigen Lehrerwechsel durch Vertretungsunterricht. Insbesondere die jüngeren Schüler in den Klassen 1 bis 3 reagieren negativ auf immer neue „Lehr- und Bezugspersonen“. Die Kontinuität im Lernprozess wird gestört, zumal der Lehrer auch nicht mehr auf die Schwierigkeiten der Schüler eingehen kann. Der VkdL appelliert deshalb an die Kultusminister, die Lehrerversorgung an den Grundschulen so zu gestalten, dass möglichst wenig Wechsel eintritt. Dies gilt auch für die Zahl der Teilzeitbeschäftigten an Grundschulen.

Die Stundenplangestaltung an der Grundschule müsste eine möglichst hohe Kontinuität aufweisen, d.h. gleichmäßige Stundenverteilung in der Woche, steigende Pflichtstundenzahl bis Klasse 4 und eine Stundenplangestaltung, die sich nach den Inhalten und dem Arbeitsrhythmus richtet und nicht nach der Pausenglocke. Wenn die beiden vorstehenden Forderungen erfüllt sind, kann der Klassenlehrer seinen Unterricht in autonomer Entscheidung einteilen. Dann könnten die Schüler auch einmal an einer Arbeit weitermachen, wenn sie über die übliche Stundendauer hinausgeht. Bei häufigem Lehrerwechsel oder gar Fachunterricht in der Grundschule ist das nicht möglich und widerspricht im Grunde genommen dem Arbeitsrhythmus des Schüler.

Die Lehrpläne für die Grundschule sind so zu gestalten, dass **ein verbindlicher Wissenskatalog festgeschrieben wird, dessen Erfüllung zu überprüfen ist.**

Die Lernziele sind am Ende jedes Jahres zu evaluieren und zwar sowohl intern als auch extern. Es ist nicht zu verantworten, dass Schüler am Ende des ersten Schuljahres weder Lesen noch Rechnen können und dann einfach in das nächste Schuljahr übernommen werden. Das setzt sich im Übrigen fort bis zum Ende des 4. Schuljahres und den Übergang in die weiterführenden Schulen.

Wenn der Lehrer feststellt, dass ein Schüler im Lauf des Schuljahres etwas nicht erlernt hat, weil er es möglicherweise nicht verstanden hat, **hat er sofort Maßnahmen zu ergreifen,** z.B. durch Förderunterricht, dass der Schüler den Anschluss an die Klasse schnell wiederfindet. Lernschwache Schüler, die offensichtlich trotz Fördermaßnahmen nicht im

Klassenverband mitkommen, sind in Gruppen zusammenzufassen und mit sonderpädagogischen Maßnahmen intensiv zu fördern, damit sie das Lernziel erreichen, das ihrem Begabungsstand möglich ist. Keinesfalls sollten sie den Lernfortschritt der ganzen Klasse behindern. Eine Beschulung leistungsschwächerer Schüler in eigenen Klassen/ Gruppen hätte auch den Vorteil, dass auch diese Schüler zu Erfolgserlebnissen kommen, die ihnen in der Regelklasse versagt bleiben.

Für Schüler aus dem Migrantenmilieu sind ebenfalls flexible Sonderlösungen vorzusehen.

Vorrangig ist, **die Grundschule von allem zu entlasten, was nicht zu ihrem eigentlichen Aufgabenbereich als „Schule“ gehört.** Für die zahlreichen sozialtherapeutischen und sozialen Aufgaben, die in den zurückliegenden Jahren der Grundschule zugewiesen wurden, sind sozialpädagogische Fachkräfte einzustellen, damit sich der Lehrer/ die Lehrerin voll dem Unterricht zuwenden kann. Bei Zuweisung neuer Aufgaben **müssen die erforderlichen Lehrkräfte und der entsprechende Zeitrahmen zur Verfügung gestellt werden.**

Schüler und Eltern haben Anspruch auf eine klare Auskunft über den Leistungsstand des Schülers. Ihnen ist nicht geholfen mit Zeugnissen, die den wahren Leistungsstand verschleiern, indem sie zwar schöne Formulierungen enthalten, aber nichts sagen über den tatsächlichen Leistungsstand. Es ist unbestritten, dass Kinder leistungswillig sind, insbesondere beim Eintritt in die Grundschule. Sie wollen gefordert werden, **aber sie wollen dann auch wissen, wo sie mit ihrer Leistung stehen, was sie erreicht haben.** Dabei verkraften die Kinder durchaus auch eine schlechte Zensur, wenn sie ihnen in richtiger, pädagogischer Weise erläutert und der Weg zur Leistungsverbesserung aufgezeigt wird. Wort-Zeugnisse bedürfen in der Regel zusätzlicher Interpretationen, um sie zu verstehen, sowohl bei den Eltern als auch bei den Schülern. **Ziffernoten sind eindeutig und klar in ihrer Aussage, und die Schüler können daraus entnehmen, was sie mit ihrer Arbeit erreicht haben.** Voraussetzung aber ist auch hier, dass sich der Lehrer die Mühe macht, dem Schüler die schlechte Note oder die gute Note zu erläutern und ihm zu sagen, wo seine Leistung verbessert werden muss. Dies ist aber nicht zu leisten bei Klassengrößen von 30 Schülern und mehr, sondern erfordert eine Klassenstärke, die unmittelbares Befassen mit der Person des Schülers und seiner Arbeit erlaubt.

G. Übergang zu weiterführenden Schulen

Für den Übergang zu weiterführenden Schulen ist das **Gutachten der Grundschule unverzichtbar.** Es sollte sowohl die Ziffernoten für die Leistungen in den Fächern als auch ein Wortgutachten für Verhalten und Arbeitsweise enthalten, dazu eine eindeutige und verbindliche Empfehlung für eine der weiterführenden Schulen. Dabei darf keine der weiterführenden

den Schulen ausgenommen werden, d. h. auch die Hauptschule muss als Empfehlung für eine weiterführende Schule in gleicher Weise aufgeführt werden.

Die Empfehlung für eine der weiterführenden Schulen wird dann für die Eltern einsichtig, wenn durch die Schulbehörden für den Übergang zu den weiterführenden Schulen verbindliche Notendurchschnitte in den Kernfächern vorgegeben sind.

Der Empfehlung sollte in Zweifelsfällen ein Gespräch mit den Eltern vorausgehen, in dem ihnen erläutert wird, aus welchem Grund eine bestimmte Empfehlung seitens der Grundschule gegeben wird. **Die Leistungsfähigkeit des Schülers muss neben der Anforderung der weiterführenden Schule im Mittelpunkt stehen.**

Die weiterführenden Schulen sollten in vorausgehenden Elterninformationsabenden an den Grundschulen offen legen, welches Leistungsniveau sie voraussetzen für einen erfolgreichen Besuch ihrer Schule. Das erleichtert den Eltern die Einsicht, wenn nicht die gewünschte Schule erreicht wird.

Das schlechte Abschneiden der 15-Jährigen bei PISA ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass es Bundesländer gibt, die die notwendigen Leistungsanforderung nicht zureichend offen legen und Schüler und Schülerinnen aufnehmen, die für diese Schulform nicht geeignet sind und sich dann mühsam bis zu einem mittleren Abschluss „durchschleppen“.

Sind die Eltern mit dem Vorschlag des Grundschulgutachtens trotz Erläuterung durch die Grundschule nicht einverstanden, muss dem Schüler die Möglichkeit gegeben werden, an der gewünschten Schule **eine Aufnahmeprüfung mit Probeunterricht zu machen**. Dabei hat - vergleichbar mit dem Zentralabitur - eine regional gleiche Aufgabenstellung zu erfolgen, die sich am Leistungslevel der Eingangsklasse orientiert. Die Ergebnisse der Prüfungsarbeiten werden von der Grundschule und der weiterführenden Schule geprüft und bewertet, und auf Grund des Ergebnisses wird entschieden, ob die von den Eltern gewünschte weiterführende Schule besucht werden kann. Eine solche Entscheidung - pädagogisch sorgfältig unterbaut - muss dann Rechtskraft haben.

Es ist nicht zu verantworten, dass schwache Schüler die Leistungen guter Schüler unterlaufen, nur weil die Eltern eine bestimmte Schulform für ihr Kind wünschen, auch wenn dieses nicht die erforderlichen Leistungen erbringen kann.

H. Sekundarstufe I

In der Sekundarstufe I sind für alle Bildungsgänge, zumindest in Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften, **verbindliche Lernziele und Lerninhalte festzuschreiben und am Ende jedes Schuljahres zu evaluieren** und zwar sowohl intern als auch extern.

Leistungsfestschreibung, Leistungsbeurteilung und Leistungsnachweis intensivieren den Unterricht und konkretisieren den Einsatz von Schülern und Lehrern. Schule wird damit

auch für die Eltern und die Wirtschaft transparenter und beurteilbarer. Ein Faktor, der zu einem besseren Ansehen von Schule und Lehrern in der Öffentlichkeit führen dürfte.

Für die **Lehreraus- und -fortbildung** wäre der erste Auftrag, die **methodischen Fertigkeiten und die pädagogischen Fähigkeiten der Lehrer zu verbessern** und ihnen zu vermitteln, wie Unterricht auch unter dem Aspekt der Leistungsforderung bei den Schülern Freude am Erfolg wecken kann.

Für die Schulen der Sekundarstufe I wäre eine wichtige Forderung die **Überprüfung der Klassenstärken**, damit die Lehrer sich auch in diesem Bereich intensiver mit dem einzelnen Schüler befassen können.

Ferner müssten die **Pflichtstundentafeln auf die Gewichtung der verschiedenen Lernbereiche überprüft werden**. Es ist nicht zu verantworten, die Sprachkompetenz zu fordern, aber Deutschunterricht abzubauen, mathematische Kompetenz zu propagieren, aber den Mathematikunterricht über weite Strecken ausfallen zu lassen oder die naturwissenschaftliche Kompetenz in den Vordergrund zu stellen, aber in der Stundentafel auf ein Minimum zu reduzieren. Gerade in den naturwissenschaftlichen Fächern fällt der Unterricht zu einem erheblichen Teil wegen Lehrermangels aus. Diese Widersprüche im derzeitigen Schulsystem sind vorrangig zu beseitigen, bevor an großartige „Reformen“ gedacht wird.

Wenn man sich seitens der Kultusminister auf verbindliche Zielvorgaben für die verschiedenen Lernbereiche verständigen und diese korrekt und mit Konstanz durchsetzen könnte, wäre unseren Schulen und damit auch den Schülern sehr viel geholfen. Alle wüssten dann, worauf sie sich verlassen können, wenn sie eine bestimmte Schulform besuchen, und was sie am Ende erreicht haben müssen. Wichtig ist weniger die „Berechtigung zu ...“ als vielmehr der **Nachweis der „erworbenen Befähigung“**. Dann wüsste der kommende Arbeitgeber, womit er bei seinem künftigen Mitarbeiter rechnen kann, und jeder Abschluss hätte dann seinen Wert.

G. Ganztagschulen/ Ganztagsangebote

Der VkdL hat in einer eigenständigen Erklärung, seine Stellungnahme zu Fragen der **Ganztagschule** und zur **Halbtagschule mit Nachmittagsbetreuung** abgegeben.

Beide Formen sind erforderlich, wenn auch sicher nicht in dem Umfang, wie das in der derzeitigen politischen Debatte gefordert wird.

Ganztagschulen sind nur dann zu vertreten, wenn sie ein eigenständiges Profil, ein pädagogisches Konzept und entsprechende bauliche, personelle und sächliche Ausstattung bieten können. In der Ganztagschule geben die Eltern die Erziehung ihres Kindes voll in die Hand der Institution, die damit eine erhebliche Verantwortung übernimmt. Deshalb sollte die **Zulassung von Ganztagschulen an definierte Bedingungen gebunden sein**. Das heißt, dass es immer nur eine begrenzte Anzahl von Ganztagschulen geben kann, die

staatlicherseits zur Verfügung gestellt werden. In diesem Bereich werden die privaten/ freien Träger ein spezifisches Aufgabenfeld finden. Grundsätzlich muss der Besuch einer Ganztagschule freiwillig und ins Belieben der Eltern gestellt sein.

Halbtagschulen mit Nachmittagsbetreuung sind in vielen Gebieten aufgrund der Sozialstruktur notwendig, aber sie sollten redlicherweise nicht als Ganztagschulen deklariert werden, denn sie sind keine. Das pädagogische Konzept, das dem Schulteil zu Grunde liegt, ist nicht anders als das herkömmlicher Schulen. Hinzu kommt ein **Nachmittagsangebot, das sozialpädagogischen Charakter trägt und i.d.R. auch von Fachkräften aus dem sozialpädagogischen Bereich betreut wird**, vielfach auch von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Verbindliche Konzepte für die Nachmittagsbetreuung sind nicht vorhanden, sie sind örtlich und zeitlich begrenzt. Diese Nachmittagsbetreuung ist vor allem sinnvoll für Kinder, die nachmittags allein zu Hause sind. Aber bereits bei Jugendlichen bedarf es ganz anderer Konzepte als nur „Betreuung“. Die Mittel, die jetzt kurzfristig für solche Projekte politisch verstreut worden sind, sollten besser für langfristige Vorhaben in den Schulen, für Unterricht und Lehrer eingesetzt und in das Bildungskonzept eingebaut werden. Die „Betreuung“ ist vom Sozialbereich zu finanzieren.

H. Schlussbemerkung

Die Kultusminister sollten sich bereit finden, in den Schulen wieder Ruhe und Raum für Unterricht und Erziehung zu geben, dann könnte man kommenden PISA-Untersuchungen gelassener entgegensehen. Hektik und Reformitis sind das Letzte, was wir brauchen.

Unbestritten ist, dass in unseren Schulen Vieles zu verbessern ist. Das ist aber nur machbar, wenn Politik, Schulverwaltung, Finanzminister, Wissenschaft, Eltern, Lehrer und Schüler willens sind, Schule als Stätte der Bildung der kommenden Generation anzuerkennen und zu fördern und ihr den entsprechenden Wert in der Gesellschaft einzuräumen. Das geht nicht mit Kampf aller gegen alle und alles, sondern nur in gegenseitigem Respekt und mit Überlegungen, die die Schülerinnen und Schüler und deren Bedürfnisse in den Blick nehmen.

Hinweis: Diese Stellungnahme ist als Sonderdruck erschienen und kann gegen Porto-Erstattung in Höhe von 1,53 EUR bei der Bundesgeschäftsstelle des VkdL, Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 45143 Essen, bezogen werden.